



Mai 2015

Gemeinsame Resolution

der hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte und des
Landeselternbeirats von Hessen

Zu den

Kürzungsplänen des Kultusministeriums

Stadtelternbeirat Gießen
Stadtelternbeirat Fulda
Stadtelternbeirat Frankfurt am Main
Stadtelternbeirat Hanau
Stadtelternbeirat Marburg
Stadtelternbeirat Rüsselsheim
Stadtelternbeirat Wiesbaden
Stadtelternbeirat Darmstadt
Stadtelternbeirat Offenbach
Kreiselternbeirat Bergstraße
Kreiselternbeirat Darmstadt-Dieburg
Kreiselternbeirat Gießen
Kreiselternbeirat Groß-Gerau
Kreiselternbeirat Hersfeld-Rothenburg
Kreiselternbeirat Hoch-Taunus

Kreiselternbeirat Fulda
Kreiselternbeirat Kassel
Kreiselternbeirat Lahn-Dill
Kreiselternbeirat Main-Kinzig
Kreiselternbeirat Main-Taunus
Kreiselternbeirat Marburg-Biedenkopf
Kreiselternbeirat Limburg-Weilburg
Kreiselternbeirat Vogelsberg
Kreiselternbeirat Odenwald
Kreiselternbeirat Offenbach
Kreiselternbeirat Rheingau-Taunus
Kreiselternbeirat Schwalm-Eder
Kreiselternbeirat Waldeck-Frankenberg
Kreiselternbeirat Werra-Meißner
Kreiselternbeirat Wetterau



Die hessischen Elternvertreter **fordern die Rücknahme der geplanten Stellenkürzungen** des Kultusministeriums in der gymnasialen Oberstufe, Beruflichen Gymnasien und insbesondere in den Grundschulen.

Der Umbau der Schullandschaften mit selbstständiger Schule, Ganztagschule, Mittelstufenschule, Inklusion und den damit verbundenen Fortbildungen für Lehrkräfte, verlangt höhere Investitionen, als in der Vergangenheit geleistet. Eine breit gefächerte Angebots- und Unterrichtsqualität sollte das Ziel der hessischen Bildungspolitik sein.

Das Kultusministerium wird nicht müde zu betonen, "dass Lehrerstellen vollständig von den Kürzungen ausgenommen sind. Die sogenannte demografische Rendite bleibt vollständig im System". Dafür werden Korrekturen bei den Berechnungen und der Grundzuweisung durchgeführt, die zu eklatanten Einschnitten in den Schulen führen.

Gerade Grundschulen müssen von Kürzungsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Sie legen nicht nur den Grundstein für die Beschulung unserer Kinder. Grundschulen arbeiten per se inklusiv - sie beschulen alle Kinder ob mit oder ohne Beeinträchtigung, mit oder ohne Migrationshintergrund und leisten erheblich gute Arbeit.

Den Ausbau von Inklusion, Ganztagschule und Deutschfördermaßnahmen über Kürzungen vorzunehmen ist der falsche Weg!

Die hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte und der Landeselternbeirat von Hessen fordern die Landesregierung auf, keinerlei Kürzungen vorzunehmen, die Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung haben! Bildung verträgt keine Sparmaßnahmen, sondern bedarf im Gegenteil weitere größere Investitionen. Schulen brauchen ein gewisses Maß an finanzieller und personeller Sicherheit. Die Lehrerzuweisung von 104% muss sich auf die Schulen aller jetzigen Schulformen beziehen, um dort eine entsprechend qualitativ hochwertige Beschulung der Kinder sicherzustellen.

Zudem hat auch die Landesregierung eine Fürsorgepflicht gegenüber ihrem Personal. Immer mehr Aufgaben auf die Schultern von vorhandenem Personal zu packen ist einfach nicht mehr drin.

Die Landesregierung ist mit dem Versprechen angetreten, die „104 prozentige Unterrichtsversorgung“ zu gewährleisten. Nicht erwähnt hat sie, dass Schulen mit diesen 104 % Schulsozialarbeit, Ganztagschule, Inklusion, Berufsorientierung, Förderunterricht, Vertretungskräfte u. v. m. finanzieren müssen. Mit den vorgesehenen Kürzungen in der Lehrerzuweisung werden Schulen nochmals geschröpft und der Öffentlichkeit suggeriert, dass Schulen übermäßig gut versorgt werden.

Wir benötigen Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und für den Wirtschaftsstandort Hessen. Sparmaßnahmen oder Kürzungen sind damit nicht vereinbar und setzen falsche Zeichen!